

Wertvolles Gut Wasser

So wie viele andere europäische Länder erlebt auch Österreich zunehmend längere Trocken- und Hitzeperioden. Bis zum Sommer soll ein Vorsorge- und Notfallplan für das Trinkwasser kommen.

Österreich ist in der glücklichen Lage, über ausreichend Wasser zu verfügen. Um auch künftig für einen allfälligen Wassermangel gerüstet zu sein, hat der zuständige Minister Norbert Totschnig zu einem gemeinsamen Trinkwassergipfel mit allen Bundesländern geladen: „Sollte es zu Engpässen kommen, möchte ich, dass wir in Österreich vorbereitet sind. Aus dem Dialog soll ein konkreter Vorsorge- und Notfallplan für die Trinkwasserversorgung resultieren.“

Schon in der Vergangenheit sei viel unternommen worden, wie beispielsweise durch die Förderung des Ausbaus des öffentlichen Versorgungsnetzes, die Errichtung zusätzlicher Brunnen und Quelfassungen oder den Ausbau von Verbundleitungen zwischen einzelnen Gemeinden. „Mit der Bereitstellung von zusätzlichen Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft im Umfang von 100 Mio. Euro im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2022 können in den kommenden Jahren beschleunigt Anpassungsmaßnahmen umgesetzt werden“, so Totschnig weiter. Nun gelte es, gemeinsam darüber nachzudenken, welche Maßnah-

men in Zukunft noch erforderlich sein werden.

Das Land Niederösterreich hat schon im Jahr 2019 gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur die Studie „Wasserzukunft NÖ 2050“ erarbeitet. Deren Kernaussage ist beruhigend: Auch 2050 wird man landesweit gesehen über ausreichende Wasserreserven verfügen. Da jedoch Wasserbedarf und Wasserangebot regional sehr unterschiedlich verteilt sind, werden derzeit für einzelne Regionen vertiefende Detailkonzepte erarbeitet, um auch in längeren Trockenperioden eine sichere Wasserversorgung gewährleisten zu können. Angesichts häufiger Dürreperioden gewinnt auch die landwirtschaftliche Bewässerung zunehmend an Bedeutung. LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf: „Das Land Niederösterreich und die Landwirtschaftskammer NÖ arbeiten Hand in Hand, um unsere bäuerlichen Betriebe bei Bewässerungsprojekten zu unterstützen. Dazu haben wir gemeinsam das Kompetenzzentrum Bewässerung bei der Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal eingerichtet, um innovative Bewässerungsmethoden zu entwickeln und die Betriebe bei der Projektentwicklung zu unterstützen.“



NÖ. AGRARLANDESRAT
STEPHAN PERNKOPF



Mercosur stoppen!

Seit 1999 will die EU mit den Mercosur-Ländern Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay eine Freihandelszone schaffen. In vielen Ländern Europas und gerade auch in Österreich lehnen sowohl Bevölkerung als auch Bundesregierung dieses Mercosur-Abkommen ab. Doch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen entwickelte unlängst den Plan, das Abkommen durch einen Verfahrenstrick ohne Zustimmung der nationalen Parlamente zu genehmigen.

Dabei wäre das geplante Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem südamerikanischen Staatenbund eine Bedrohung für unsere heimische Landwirtschaft. Denn die Auswirkungen auf unsere bäuerlichen Familien wären wohl verheerend. Die massenhafte Einfuhr von Agrarprodukten aus Südamerika würde zu einer erheblichen Verzerrung des Wettbewerbs führen. Denn klar ist: Unsere Betriebe sind aufgrund der hohen Umweltstandards und der strengen Regeln für Tier- und Verbraucherschutz bereits jetzt deutlich im Nachteil gegenüber Importwaren. Eine weitere Liberalisierung des Handels würde diesen Nachteil noch verstärken und den wirtschaftlichen Druck auf unsere Höfe nur noch weiter erhöhen. Denn beim Billigst-Preiskampf können und wollen unsere Bäuerinnen und Bauern nicht mit Importen aus Übersee konkurrieren.

Österreich verzeichnet schon jetzt stark fallende Tierbestände. Aktuell werden in den rot-weiß-roten Ställen rund 2,6 Millionen Schweine (Rückgang von 200.000 Tieren) und 1,86 Millionen Rinder (Rückgang von 10.000 Tieren) gehalten. Kommt das Handelsabkommen,

dann wird Europa mit Rindfleisch aus Südamerika förmlich geflutet. 100.000 Tonnen zusätzlich pro Jahr würden immer mehr heimische Familienbetriebe aus dem Markt drängen. Dann droht auch beim Rindfleisch ein noch drastischerer Rückgang und die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln weicht klimaschädlichen Importen.

Doch nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte und Versorgungssicherheit sprechen gegen das Mercosur-Abkommen. Die Bedingungen für den Anbau von Agrarprodukten in Südamerika sind oft mit gravierenden ökologischen und sozialen Folgen verbunden. Die Abholzung von Regenwäldern, der Einsatz von bei uns längst verbotenen Mitteln und der Raubbau an den natürlichen Ressourcen stellen eine massive Bedrohung für die Umwelt dar.

Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung der Landschaft und zum Schutz der Umwelt. Sie arbeiten hart und unter schwierigen Bedingungen, um die Gesellschaft mit gesunden und hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen. Wir müssen die heimische Landwirtschaft und unsere Umwelt über den Abschluss von internationalen Handelsabkommen stellen und die Bäuerinnen und Bauern gegen unfairen Wettbewerb schützen. Rindfleisch muss nicht über den Atlantik fliegen, der Regenwald muss nicht noch weiter abgebrannt werden. Der Erhalt unserer heimischen Betriebe darf nicht zugunsten des internationalen Handels aufs Spiel gesetzt werden.

